

Bauchschmerzen um Worms-Prozesse

Geht die Staatsanwaltschaft nach Karlsruhe?

Bre. MAINZ (Eig. Bericht) – Der Leitende Oberstaatsanwalt in Mainz, Klaus Puderbach, hat Meldungen zurückgewiesen, wonach die Anklagebehörde nicht mehr an einer Revision der Urteile in den Wormser Kindesmißbrauchsprozessen interessiert sei. Im Dezember 1996, Januar, März und Juni 1997 waren 24 Angeklagte in drei Verfahren freigesprochen worden.

Zwei der Urteile liegen schriftlich vor, gegen sie hat die Anklagebehörde Revision eingelegt. „Spätestens am 3. Februar wird das dritte Urteil geschrieben auf dem Tisch liegen. Danach werden wir überlegen, ob wir gegen alle drei Urteilsprüche weiter beim Bundesgerichtshof vorgehen oder sie auf sich beruhen lassen“, so Puderbach gestern. Kriterium dabei werde sein, ob man der Revision Aussicht auf Erfolg zubillige.

In Justizkreisen war gemutmaßt worden, die Staatsanwaltschaft wolle die Sache Worms ohne Revision geräuschlos ad acta legen; die Anklagebehörde wolle nicht riskieren, ihren Ansehensverlust nach den Urteilen des Landgerichts – 24 Anklagen, 24 Freisprüche – noch zu verschlimmern.

Falls sich die Staatsanwalt-

schaft zurückzieht, könnten rein rechtlich auch die Nebenkläger, juristische Interessensvertreter der im Verfahren als Mißbrauchsoffer benannten Kinder, die Revision weiter betreiben. Die Entscheidung, dies zu tun oder nicht, werde „Bauchschmerzen“ verursachen, erklärte eine Nebenklägerin, Rechtsanwältin Birgit Kulzer. Wenn die Revision scheitere, treffe das Kostenrisiko möglicherweise die Kinder, wenn das Jugendamt sich weiter außerstande sehe dafür zu zahlen. Zum anderen fürchtet die Anwältin, daß bei einer Neuverhandlung die Kinder noch einmal in den Zeugenstand gehen müßten.

Falls es keine Revision gibt oder eine Revision scheitert, würden die Freisprüche rechtskräftig. Danach wäre auch mit einer baldigen Entscheidung in den – unabhängig vom Strafprozeß – laufenden Familiengerichtsverfahren zu rechnen. Dort versuchen freigesprochene Eltern, ihre Kinder zurück zu bekommen. Freisprüche sind ein ernstzunehmender Faktor in solchen Familienrechtsverfahren, bedeuten für den Familienrichter aber keinen Zwang, die Kinder zurück zu geben.